

**Sächsischer Landtag.**

110. Sitzung. Freitag, 19. Dezember, vormittags 11 Uhr.  
Das Haus verabschiedete zunächst den Gesetzentwurf über die Verlängerung der Wahldauer des Mitglieder des Landesföderations und ermächtigte das Wirtschaftsministerium, den durch anhaltendes schlechtes Erntewetter am schwersten getroffenen Landwirten Saatgut und Düngemittel unter Stundung des Kaufpreises und gegen eine Vergütung von durchschnittlich fünf Prozent einen Staatskredit bis zum Höchstbetrag von 1400 000 M.

Hierauf wurde in die zweite Beratung über die Steuerminderungsvorlage eingetreten. Die Mehrheit des Ausschusses beantragt die unveränderte Annahme der Vorlage.

Dazu liegen verschiedene Minderungsanträge der Linksozialisten, der Kommunisten und der Deutschnationalen vor.

Abg. Berg (Dnai.) vertrat den Minderungsantrag auf sofortige Befreiung der Arbeitgeberabgabe und auf Befreiung der Konsumvereine und Genossenschaften schon vom Rechnungsjahr 1924 an.

Abg. Bläher (D. Bp.) erklärt, daß die Stellungnahme der Koalitionspartheien zu der Vorlage unverändert geblieben sei. Im Ausschuß haben auch die Deutschnationalen am Schlusse der Vorlage zugestimmt, deshalb hätte man annehmen sollen, daß verantwortliche Politiker im Interesse von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe sowie der Mieterschaft auf die Einbringung von Abänderungen verzichten würden.

Die Frage der Steuerpflicht der Konsumvereine ist nur bis zum Januar zu erörtern. Hnzu kommt, daß die praktische Bedeutung einer solchen Vorrichtung gleich Null ist, denn schon heute wären die Konsumvereine gewerbesteuerpflchtig, wenn sie in dem Verlauf ihrer Waren über ihren Mitgliederkreis hinausgehen. Das hat Herr

Abg. Gierke (D. Bp.) begründet die Minderungsanträge, die die kleinen und mittleren Betriebe von der Gewerbe- und Grundsteuer befreien und die Wohngebäude von der Aufwertungssteuer ausnehmen will, deren Mieter ein Jahreseinkommen von unter 3000 M. besitzen.

Abg. Dr. Rösner (Dem.): Wir nehmen das Erreichbare und begnügen daher die Vorlage.

Der Berichterstatter Abg. Hellrich (Soz.): Wenn auch die Finanzlage des Staates nicht so sei, daß man aus dem vollen Schöpfen könnte, so ist doch aus den Ausführungen des Ministers im Ausschuß hervorgegangen, daß eine Belohnung wegen des Gleichgewichts des Staatshaushalts für das Ende des laufenden Rechnungsjahres nicht besteht, wenn der Plan der Steuerermäßigungen in die Tat umgesetzt wird. Die kommunistischen Anträge sind verloren und sogar einwandfrei, verlieren aber mit Rücksicht auf den provisorischen Charakter der Vorlage jede praktische Bedeutung. Hellrich tritt für Annahme der Vorlage ein, die er als tragbar bezeichnet.

Abg. Berg (Dnai. Bp.) wendet sich erregt gegen die Ausführungen des volksparteilichen Redners.

Abg. Ebel (log. Fraktionsminderheit):

Unser Standpunkt zu der Vorlage hat sich durch die Regierungserklärungen im Ausschuß nicht geändert. Hellrich hat es als ein Unrecht gegenüber den andern Steuerzahldern bezeichnet, wenn ein einseitiger Steuerabbau erfolgt, er hat aber aus dieser Erkenntnis nicht die Konsequenzen gezogen, nämlich die Ablehnung der Vorlage. Wenn genug Geld vorhanden ist — was jedoch nicht zutrifft — so wäre es höchste Zeit, den lange Zeit vernachlässigten Kulturaufgaben endlich nachzukommen. (Sehr richtig! b. d. Minderh. d. Soz.) Unsere Minderungsanträge richten sich auf die Forderungen der sozialistischen Amtschulpente und Gemeindeselbst, wonach im Interesse der Wohlfahrtspflege erst dann auf eine Steuerermäßigung zu zukommen ist, wenn ein vollwertiger Erfolg vorhanden ist. Das ist aber nicht der Fall. Die Ermäßigung der Arbeitgeberabgabe ist nichts weiter als ein Geschenk an den Besitz.

Es ist nicht daran zu denken, daß die Steuerminderungen zu einer Preisentlastung führen werden, die Warenhäuser freuen sich ihnen geschenkte Steuerabzüge viel lieber in die Tasche. Unser Standpunkt in bezug auf den Steuerabbau für die Industriellen stellen auch die Gewerkschaften.

Die Abstimmung, die Konsumvereine als sozial notwendige Einrich-

tungen zu besteuern, wird auf den stärksten Widerstand meiner Partei stoßen. (Bravo! b. d. Minderh. d. Soz.)

Abg. Hellrich (Soz.) wendet sich gegen den Vorwurf von Ebel, daß er sich in Widerpruch zu den Forderungen der sächsischen Amtschulpente setzt habe. Es würden hier aus der Vorlage Widersprüche konstruiert, wo gar keine vorhanden sind.

Finanzminister Dr. Reinhold verteidigte ebenfalls die Vorlage und bekämpfte alle Minderungsanträge.

Ein Antrag des Genossen Wirth auf Schluß der Debatte wurde gegen die Stimmen der Linksozialisten und Kommunisten angenommen.

Sämtliche Minderungsanträge werden abgelehnt. Der deutsch-nationale Antrag auf sofortige Aufhebung der Arbeitgeberabgabe erfährt in namenlicher Abstimmung mit 66 gegen 14 deutschnationale Stimmen Ablehnung. Mit 62 gegen 15 Stimmen fällt der Antrag auf Unterstellung der Konsumvereine unter das Gewerbesteuergesetz (einige bürgerliche Koalitionsältere verlassen vor der zweiten namenlichen Abstimmung den Sitzungssaal.)

Darauf wird die Vorlage gegen die Stimmen der Linksozialisten und Kommunisten angenommen.

Die Vorlage über eine Unterstellung der Rentner der Altersrentenbank wurde nach unwesentlicher Debatte unverändert angenommen.

Es folgen die Anträge der Volkspartei und der Demokraten, die sich mit

**Beamtenfragen**  
beschäftigen. Gesfordert wird eine durchgreifende Änderung der Besoldungsordnung durch Aufhebung der Besitz, insbesondere der unteren und mittleren Beamtengruppen, eine Aufhebung des Besoldungspotenzials, eine Neuregelung des Beamtenrechts und eine Nachprüfung der Ortsklassenbildung für die Wohnungsgelder der Beamten.

Ministerialdirektor Dr. Greifke erklärt die Bereitswilligkeit der Regierung, dem Antrag auf Änderung der Besoldungsordnung stattzugeben.

Abg. Schnich (Soz.) stellt fest, daß das Verhalten der Parteien im sächsischen Landtag zur Frage der Aufhebung des Besoldungspotenzials in wohltuendem Gegensatz zu der Stellungnahme der Parteien im Reichstag steht. Davon mache auch die Deutsche Volkspartei keine Ausnahme. Wir halten den jetzigen Zustand in der Beamtenordnung auf die Dauer für vollkommen unhalbar und sind dafür, daß man den Beamten unbedingt das Existenzminimum gewähren müßt.

Abg. Börner (Dnai. Bp.) stellt die Deutschnationalen als die prominentesten Vertreter eines modernen Beamtenrechts hin (!) und brachte natürlich gleichzeitig auch noch einen Antrag ein.

Abg. Böttcher (Komm.) sagte, daß alle Angelehen darauf hinweisen, daß wieder die alten Beamtenzustände des monarchistischen Zeitalters eingeführt werden sollen, nämlich eine Art Militarismus und Kaiserhoflichkeit.

Darauf gehen die Anträge an den Besoldungsausschuß.

Dann gab es eine Debatte über den Antrag Grellmann auf Aufhebung des Waffentragens der Militärvereine zur Abgabe von Ehrensalven bei Begegnissen. Die Deutschnationalen konnten sich nicht genug tun, die unpolitische (!) Eigenschaft der Militärvereine besonders in den Vordergrund zu stellen. Ministerialrat Küntzel erklärte, daß eigentlich keine Differenz mehr besteht, da schon vor der Verordnung von 1922 die Militärvereine Waffen bei Begegnissen mitführen durften und damit der fröhliche Rechtsgrundzustand hergestellt ist.

Abg. Ebel betonte, daß seine Freunde diese militärische Spielerei ablehnen und wies daran hin, daß man die Kriegsopfer am besten durch eine ausreichende Versorgung ehrt. Der deutschnationale Antrag würde mit den Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Zwei kommunistische Anträge und Anfragen, von Herrn Graus begründet, führten Beschwerde über das Auftreten der Hippo in Limbach Ende Mai 1924 und forderten die Entfernung der Hippo aus dieser Stadt und die Bestrafung der Schuldigen. Die Herren Graus ehrte „launige“ Begründung der Anträge entsetzte wiederholte wahre Heiterkeitslärm im ganzen Hause.

Die Anträge werden noch den Rechtsausschuß beschäftigen.

Dann kamen verschiedene Anträge und Anfragen zur Verhandlung, die angebliche

Terrorakte, Verbote von Umzügen usw. zum Gegenstand hatten.

Der Volkspartei-Schmidt fragte die Regierung nach den Gründen des Verbots des Deutschen Tages in Plauen, während sich der Kommunist Böttcher über Mängeln der Leipziger Polizei auf kommunistische Versammlungsteilnehmer und andre Strafverfolgten am Versammlungsfeiertag beschwerte und in einem Antrage die Amnestie-enthaltung des Polizeipräsidenten Fleischner und Durchführung eines Disziplinarverfahrens gegen Fleischner, sowie die Bestrafung der schuldigen Beamten forderte.

Herr Greifke von der Deutschnationalen Volkspartei hatte Befürchtungen wegen kommunistischer Ausschreitungen am ersten Osterfeiertag in Söhlitz, ihm folgte in hinter Reihenfolge der Kommunist Böttcher, der über das Vorgehen der Polizeiorgane in Altenburg und Markranstädt (Überwachung kommunistischer Versammlungen) lehrhaft Klage führte. Den Reigen der Beschwerdeführer beendete der Nationalrat Kreßhauer mit einem Lamento über die Beleidigung schwärzwechter Männer während eines Kreisfeuerwehrtests in Hallein am 22. Juni 1924.

Ministerialrat Küntzel beantwortete die verschiedenen Anfragen. Die Entfernung der schwärzwechten Fahne in Hallein wird von der Regierung nicht genehmigt, da andere Maßnahmen ergriffen werden können, um eine Störung der öffentlichen Ordnung zu unterdrücken. Auch die Vorgänge in Söhlitz finden nicht die Billigung der Regierung.

Innenminister Mag. Müller nimmt dann noch die Polizei im allgemeinen in Schuß und bemerkt, manche beklagenswerten Vorfälle würden sich leicht vermeiden haben lassen, wenn die Bevölkerung dazu da ist, Ausschreitungen zu verhindern. Der Polizeipräsident Fleischner sei kein Werkzeug der Revolution, sondern ein pflichtstreifer, dienstbeflissener Polizeipräsident. Der Minister ermahnt die Parteien, mit solchen Veranstaltungen in der gegenwärtigen Zeit doch etwas zurückhaltender zu sein. An sich sei gegen die Deutschen Tage nichts einzuwenden, wenn sie nicht von vornherein ein Gesicht bekommen, daß sie den Charakter einer Demonstration gegen die heutige Staatsform hätten.

Die Anträge gehen an den Rechtsausschuß.

Das Haus tritt in die Weihnachtsferien ein. — Nächste Sitzung: 14. Januar.



**Im vor-  
gerückten Alter**

empfiehlt es sich, täglich 2 Flaschen von dem extraktreichen, alkoholarmen

**Hacker-Mährbier**

zu trinken. Dieses neue Bier, vollmundig im Geschmack, gut bekommlich, appetitanregend, ist eine Quelle von Kraft und Gesundheit.

**All meine Herstellerin  
Alt.-Gei. Hackerbräu, München**

500 Jahre bestehendes Brauhaus.

zu bestellen von Adolf Weigler, Leipzig,  
Tauchaer Straße 22. Fernruf 24960.

# Vorteilhafte Weihnachtsangebote

**Männer-Socken 45**  
grau, gestrickt, gute Qualität

**Herren-Hemden 3.25**  
wollgem., 1a Qual., dopp. Brust

**Kinder-Sportjacken 4.95**  
in jeder Größe... ab ...

**Damen-Strickjackett 14.50**  
Reine Wolle, i. viel Farb. m. Kr.

**Damen-Strümpfe 45.**  
nahtlos, verat. Perse u. Spitze

**Männer-Socken 85**  
grau extra starke Qualität

**Herren-Hosen 3.00**  
wollgem., 1a Qual., sehr warm

**Klub-Jacken 8.75**  
In Qualit., schöne Farb.

**Seidene Jumper 5.90**  
Kleids. Form. i. leuchtend Farb.

**Damen-Strümpfe 75.**  
nahtlos, schwarz und leder

**Landwoll-Socken 1.45**  
grau, Ersatz für Handarbeit

**Oberhemden 5.75**  
mit 2 Kragen, zum Aussuchen

**Schlupf-Hosen 95**  
gute Qual., reiche Ausw. 1.10 u.

**Damen-Strümpfe 1.25**  
Mako, Doppel-Perse u. Spitze

**Aermel-Westen 8.50**  
1a Qual., das beste für den beruf

**Hosenträger 10.**  
Farben und Ausführungen ab

**Reform-Hosen für Damen u. Kinder**  
in allen Qualitäten u. Größen vorrätig

**Kunstseidene Strümpfe 1.25**  
in jeder Modelarie erhältlich

**GRÜCOTI JÜDE**

**WINDMÜHLEN-STR. 42 - PETERS-STR. 9**

**Neu eröffnet! Filiale: Lind., Merseburger Str. 75 Neu eröffnet!**

Ecke Lützner Straße, an der Uhr — — Fernruf 23412